

Medienmitteilung vom 13. September 2012

**Widerstand gegen Abbau bei den Verbilligungen der Krankenkassenprämien
Grüne reichen dringliche Motion gegen Kürzungen bei den Prämienverbilligungen ein**

Die Grünen wehren sich gegen die Verschlechterungen bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien. Die Kürzungen stehen im Widerspruch zur Bekämpfung von Armut im Kanton Bern und gehen auf Kosten des unteren Mittelstandes und von Familien. Mit einer dringlichen Motion fordern die Grünen ein Moratorium für die Kürzungen.

Obwohl die öffentliche Hand mehr Geld für die Finanzierung der Spitalversorgung aufwenden muss, sinken die Krankenkassenprämien nicht. Die anhaltend hohen Krankenkassenprämien sind für viele Menschen wirtschaftlich sehr belastend. Bei Familien und beim unteren Mittelstand reissen sie ein grosses Loch ins monatliche Budget.

Die Grünen erachten es als unverständlich und sozialpolitisch fragwürdig, in dieser Situation bei rund 130'000 Bernerinnen und Bernern die Prämienverbilligungen zu reduzieren. Die angekündigten Kürzungen können bei Familien mehrere hundert Franken im Jahr betragen. Für viele Menschen ist die Verbilligung der Krankenkassenprämien dringend notwendig, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Prämienverbilligung ist damit ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Armut. Es ist nicht im Interesse des Kantons, dass durch die Kürzungen mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden.

Mit einer dringlichen Motion „Krankenkassenprämien-Schock: Kürzungen der Prämienverbilligungen beim unteren Mittelstand stoppen“ fordern die Grünen im Grossen Rat, dass die Kürzungen von 21 Mio. Franken sistiert werden, zumindest bis die aufgrund der KVG-Revision zu erwartenden Prämienenkungen (in Folge der Entlastung der Krankenversicherungen zu Lasten der öffentlichen Hand) erfolgt sind.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Tel. 079 706 62 84